

darauf folgende Rückkehr zum Mehrparteiensystem markieren hierbei den Beginn des eigentlichen Demokratisierungsprozesses an der Côte d'Ivoire.

Dem im Laufe der folgenden Jahre als größtenteils „ethnischer Konflikt“ gekennzeichneten Bürgerkrieg muss vor diesem Hintergrund auch eine weitere Bedeutung zugemessen werden: Hier geht es nicht nur um einen Konflikt verschiedener „Interessengruppen“ im Kampf um mehr politischen Einfluss, sondern auch um die Durchsetzung der demokratischen Werte, die die einzelnen Interessengruppen für sich identifiziert haben (und deswegen z.B. Wahlausgänge als „undemokratisch“ empfinden) und sich in der eigentlichen (demokratischen) Absicht durchaus gleichen. Die Basis für die autoritären Tendenzen und für die Macht von Gbagbo (bzw. dessen Bewegung) sowie Ouattara und somit für den eigentlichen Konflikt bildet also weiterhin die „Identitätskrise“, die den „ethnischen Konflikt“ nach Huntington zu einem „Identitätskrieg“⁴⁰ in einem fragilen Staat macht: Hier muss die eigentliche „Demokratieförderung“ ansetzen.

5. (Falsche) Anknüpfungspunkte der Demokratisierung durch die EU(?)

„The EU has identified peace building, good governance, social cohesion and social and economic infrastructure as priorities for Côte d'Ivoire's economic and social development“⁴¹.

Die EU bringt dafür im Zeitraum von 2008 bis 2013 rund 218 Millionen Euro auf: 55 Millionen für Friedenskonsolidierung und „good governance“, 125 Millionen für soziale Kohäsion und Resozialisierung/Wiedereingliederung und 38 Millionen für weitere Programme. Dabei priorisiert die Union zwei Bereiche: Erst Stabilisierung (mit Institutionenaufbau und gleichzeitiger Dezentralisierungsförderung nach europäischem Modell), dann Resozialisierung (mit Wiederaufbau der sozialen Infrastruktur, primär sanitäre - und Wasserversorgung), besonders in den zentralen, westlichen und nördlichen Bereichen der Côte d'Ivoire⁴².

Ein Großteil des Geldes des 10th European Development Funds (EDF) für Côte d'Ivoire soll dabei für die „soziale Kohäsion“ aufgewendet werden, welche in innerhalb der Union als fundamentaler

⁴⁰ Huntington (1996), S. 433

⁴¹ European Commission - Development and Cooperation – EuropeAid (2011): Ivory Coast, Web

⁴² Vgl. Côte d'Ivoire – European Community Country Strategy Paper and National Indicative Programme 2008-2013

Wert der Europäischen Integration gilt: Trotz des unterschiedlichen Verständnisses in den verschiedenen Mitgliedsstaaten, ist das europäische Sozialmodell mit seiner Idee von Chancengleichheit und Solidarität Teil der historischen, kulturellen und politischen Identität Europas. Soziale Kohäsion bedeutet dabei nicht nur Armutsbekämpfung und Integration. Genauso wichtig sind beispielsweise der Zugang zu Bildung, Gesundheitsvorsorge, Schaffung von Infrastruktur, Chancen am Arbeitsmarkt oder Teilhabe am politischen und sozialen Leben⁴³: Also der Schaffung einer Basis für einen Nationalstaat. An der Côte d'Ivoire beginnt diese „soziale Kohäsion“ mit der Rückführung von „Internally Displaced Persons“ (IDPs: Intern Vertriebenen) und deren soziale Reintegration im Diskurs mit lokalen Führern⁴⁴ und lokalem Institutionenaufbau/der Förderung der lokalen Selbstverwaltungen im Zuge der Dezentralisierung, die nach europäischem Modell Stabilität von lokaler/regionaler Ebene aus für den Gesamtstaat bringen soll. Exemplarisch soll hier anhand des „religiös-ethnischen“ Konflikts, den Ouattara zu seinem Vorteil zu nutzen wusste, die Folgen aufgezeigt werden.

Die „Ivoirité“ - wie bereits angesprochen, eigentlich eingeführt, um die nationale Identität zu fördern - diente als politisches Instrument, um die im Norden lebende Bevölkerung auszugrenzen und zu Immigranten zu degradieren. Hier „identifizieren sich Millionen Einwanderer aus den umliegenden Sahelstaaten, aus Mali, Burkina Faso, Niger und Guinea, mit Ouattara, weil es ihnen geht wie ihm: Als Arbeitskräfte sind sie willkommen, als Bürger sind sie aber nur zweite Klasse“⁴⁵, was größtenteils die muslimische Bevölkerung betrifft, weswegen der Konflikt sich ebenfalls von einem sozialen und ökonomischen zu einem religiösen Nord-Süd-Problem ausweitet. Ein Großteil der ivoirischen Muslime steht deswegen nicht mehr nur vor einem Identitäts- und Staatsbürgerschaftsproblem, sondern identifiziert dies schon als einen „Angriff auf den Islam selbst“, was den Konflikt weiter verschärft und neue Problembereiche eröffnet. Hierbei geht es explizit um die Forderung, dass muslimische Religionsführer eine stärkere Rolle in der ivoirischen Politik spielen sollten und damit um die Schaffung einer weiteren, „islamischen“ Identität⁴⁶. Nach Huntington (vgl. auch „Identitätskrieg“ oben) entsteht daraus eine 'Hassdynamik', vergleichbar dem 'Sicherheitsdilemma' in den internationalen Beziehungen, bei dem Ängste, Misstrauen und Hass beider Seiten einander verstärken⁴⁷.

⁴³ Vgl. Weiss, P. (o.D.), S.3., Web

⁴⁴ Vgl. IOM (2009), Web

⁴⁵ Scheen, T. (2011)

⁴⁶ Nordas, R. (2008), S. 14-15

⁴⁷ Huntington (1996), S. 433

Ouattara als politischer Führer und Opposition, unterstützt vom Westen im Zuge der demokratiefördernden Maßnahmen zum Aufbau einer Zivilgesellschaft, erweiterte und vertiefte im Laufe seines Wahlkampfes seine Appelle an deren ethnische und religiöse Loyalität. Dies schuf eine Art „emotionale Sicherheitskategorie“⁴⁸, die es aufgrund der vorangegangenen Diskriminierungen zuließ, dass die muslimischen, aber auch sonstigen Ethnien (im Nordteil des Landes) zwar so etwas wie eine gemeinsame Identität ausbildeten, das aber zugunsten eines „Ab- und Ausgrenzungsdiskurs“⁴⁹, in dem sie sich immer weiter von den anderen „Ethnien“ abgrenzten. Ouattara nutzte diese als Grundlage für seine politische Strategie: Damit kreierte er eine Art „Ethnonationalismus“, indem er als politische Leitfigur die „notwendige Politisierung der ethnischen Identität, die Formulierung nationalistischer Forderungen und Ziele sowie die Mobilisierung von Mitgliedern und Sympathisanten“⁵⁰ vorantrieb und im Prinzip eine „Gegenidentität“ zur „Ivoirité“ schuf. Dieser „Ethnonationalismus“ konnte sich im Norden des Landes relativ gut entfalten, da hier die Rebellenkoalition „Forces Nouvelles de Côte d’Ivoire“ (FN oder FNCI⁵¹) bis zum Vertrag von Ouagadougou das Territorium kontrollierten.

Dabei muss allerdings auf das Ausmaß dieser Entwicklung hingewiesen werden: „Der Krieg in Côte d’Ivoire bildete zwar den Gegensatz zwischen Nord und Süd, Islam und Christentum ab, war aber weit davon entfernt, ein Religionskrieg zu sein. Zwar waren bei den 'Forces Nouvelles', die ab 2003 das nordivorische Territorium militärisch kontrollierten, Muslime stark vertreten, aber ihr Anführer Guillaume Soro, der im Rahmen verstärkter Friedensbemühungen 2007 neben Präsident Gbagbo zum Premierminister aufrückte, war, obwohl aus dem Norden stammend, kein Muslim, sondern Katholik – und er war nicht der einzige Nicht-Muslim in Reihen der 'Forces Nouvelles'“⁵². Als Gemeinsamkeit und Grundlage dieses „Ethnonationalismus“ dient also nicht die Religion, sondern die Diskriminierung in der Vergangenheit, die eine kollektive Identität trotz ethnischer Unterschiede geschaffen hat (wie sich am Beispiel der Zusammensetzung der FN gut erkennen lässt): „Einen wichtigen Bestandteil ethnonationalistischer Diskurse machen Werte und Begriffe aus, mit denen

⁴⁸ Elwer, G. (1989), S. 46

⁴⁹ Jenkins, R. (1986), S. 177

⁵⁰ Helmerich, A. (2004), S. 19

⁵¹ „Im September 2002 nahm das Mouvement Patriotique de la Côte d’Ivoire (MPCI) den bewaffneten Kampf gegen die Regierung in Abidjan unter Präsident Laurent Gbagbo (Front Patriotique Ivoirien, FPI) auf, im November 2002 taten dies auch die beiden kleineren Gruppierungen Mouvement Populaire Ivoirien du Grand Ouest (MPIGO) und Mouvement pour la Justice et la Paix (MJP). Im Januar 2003 schlossen sich MPCI, MPIGO und MJP unter Führung von Guillaume Soro zu den Forces Nouvelles [de Côte d’Ivoire] (FN oder FNCI) zusammen“. Aus: Körner, P. (2007), S. 22

⁵² Körner, P. (2007), S. 26

die eigene 'Besonderheit' illustriert und positiv hervorgehoben werden soll. Geeignet erscheinen insbesondere Merkmale der kollektiven Identität, die von den Betroffenen als besonders relevant eingeschätzt werden und sich besonders wirkungsvoll inszenieren lassen, so zum Beispiel eine eigene sprachliche Tradition, kulturelle Werte und nicht zuletzt auch die kollektive Erinnerung an in der Vergangenheit bestehende Rechte und Institutionen⁵³.

Definiert man also nun Ouattaras Bewegung bzw. die durch die „Ivoirité“ diskriminierten Ethnien als eine nationalistische Bewegung, müssen ihre Zielsetzungen näher betrachtet werden. Nach Anthony D. Smith⁵⁴ haben nationalistische Gruppierungen sechs zentrale Ziele, die sie zu verwirklichen suchen: „Isolierung, Anpassung, Kommunalismus (der Versuch der Selbstbehauptung auf lokaler Ebene mit nur begrenztem Einfluss auf die politische Willensbildung), Autonomie, Separatismus und Irredentismus, d.h. das Streben nach Vereinigung mit dem Staat, in dem die eigene ethnische Gruppe die Mehrheit bildet“⁵⁵. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, wurde die Entwicklung durch die EU-Maßnahmen zur Stabilisierung (und damit zur Dezentralisierung!) und sozialer Kohäsion unterstützt und vielleicht auch erst möglich gemacht. Die wertegeleitete Demokratieförderung der EU mit dem zentralen Wert der Menschenrechte (und damit auch Minderheitenrechte, die durch Autonomie oder Dezentralisierung erreicht werden sollen), ermöglichen dieser „Identitätsgruppe“ die Übernahme von Eigenverantwortung in Bereichen, von denen aus sie ihre politische Kraft weiter bündeln konnten. Die durch den Vertrag von Ouagadougou angestrebten Präsidentschaftswahlen begünstigten diese Entwicklung ebenfalls, da sich die internationale Gemeinschaft hierdurch eine Lösung des Konfliktes erhoffte: „Internationale Akteure, vor allem die Vereinten Nationen (UN) und die Europäische Union (EU), investierten viel Geld und politische Mühen in diese Wahl, die ein Schritt in Richtung Normalität, Stabilität und Prosperität in ganz Westafrika werden sollte“⁵⁶. Die Bemühungen der externen Kräfte schufen für die ethnonationalistische Bewegung optimale Voraussetzungen: „Für ethnonationalistische Bewegungen eröffnet sich vor allem immer dann ein breites Aktionsfeld in noch nicht stabilisierten Institutionen- und Parteiensystemen, wenn der Systemübergang nicht nur den Umbau des Regierungssystems, sondern auch eine 'offene nationale Frage' betrifft“⁵⁷.

⁵³ Helmerich, A. (2004), S. 21

⁵⁴ Smith, A.D. (1972), S. 15ff

⁵⁵ Helmerich, A. (2004), S. 21

⁵⁶ Krempel, J. (2010), S. 1

⁵⁷ Helmerich, A. (2004), S. 19